

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

244 (20.10.1932)

Volkstfreund



TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE MITTELBADENS

Monatlich 1,82 Mark, jährlich 21,84 Mark, halbjährlich 10,92 Mark. Einzelhefte 10 Pfennig. Anzeigenpreise: Die 10 gezeichneten Millimeter betragen 12 Pfennig. Einzeiliger Text 10 Pfennig. Die Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichtzahlung des Abrechnungspreises, bei gerichtlicher Forderung und bei Kontour außer Kraft tritt. Die Abrechnung erfolgt wöchentlich am Sonntag. Die Redaktion: Karlsruhe, L. B., Schloß der Universitätsbibliothek 7 Uhr vormittags. Druck: H. B. Böhmer, Tagblatt-Druckerei, 12, Kellerei, Hofstraße 2, Offenburg, Neudammstr. 8.

Nummer 244 Karlsruhe, Donnerstag, den 20. Oktober 1932 52. Jahrgang

Verfehlte Wahlspekulation der Barone

Almosengabe der Barone

Verordnung über Sozialleistungen - Milliarden für die Besizenden, Bettelgroßen für die Armen

Die Regierung der Barone macht in einer am Mittwoch veröffentlichten Verordnung den Versuch, ihre Wahlchancen zu verbessern. Die Verordnung, die sich als „Verordnung zur Ergänzung von Sozialleistungen“ nennt, bringt zunächst für die Arbeitslosen eine monatliche Zulage zur Arbeitslosenunterstützung, die bis zum April 1933 begrenzt ist. Es sollen Arbeitslose in den Lohnklassen bis 6, die einen Familieneinkommen bereits besitzen, je nach der Zahl der zuversichtlich erhaltenden Angehörigen eine Zulage von 2 bis 6 Reichsmark wöchentlich erhalten. Arbeitslose in den oberen Lohnklassen erhalten diese Zulage nicht. Die qualifizierten Arbeiter und Angestellten gehen also leer aus. Aber auch bei den anderen Lohnklassen muß gefragt werden, ob die Zulage jeweils praktisch in der Höhe der Zulage bei der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit außer Betracht bleiben soll, niemand die feststellende Gemeinde zwingen, nach dieser Verordnung wirtschaftlich zu handeln.

Ein außerordentlich großes Durcheinander hat die bisherige Regelung der Arbeitslosenunterstützung durch die Bemessung der Unterstützung nach Ortsklassen und Lohnklassen verursacht. Die neue Verordnung will das Durcheinander dadurch etwas beheben, daß in Zukunft alle Orte, die mehr als 50 000 Einwohner haben, der sogenannten Sonderklasse oder der Ortsklasse A zugeordnet werden. Das ist bei der Arbeitslosenunterstützung alles, was die Regierung selbst mit Rücksicht auf ihre Wahlchancen verantworten zu können glaubt. Es sei denn, daß man den Härtefällen, die jetzt bei der Prüfung der Arbeitslosenunterstützung in Höhe von sage ich 8 Millionen Mark erledigt werden soll, noch zu den „Ausnahmen sozialer Leistungen“ rechnet.

Die der Krankenversicherung hatte die Notverordnung vom Dezember 1931 die Mehrleistungen praktisch beseitigt. Die neue Verordnung will zulassen, daß Krankenkassen für Familienangehörige und die Erhöhung des Hausgeldes auf den Satz des Krankengeldes durch die Säuglinge wieder erfolgen kann, allerdings mit der praktischen Wirkung dieser Vorschriften wieder aufzuheben die Krankenkassen, daß Entschädigungserhöhungen für diese Zwecke nicht möglich sind.

So gut wie nichts geschieht in der Unfallversicherung, da ja die Verordnung der Verordnung, daß Unfallrenten für die Unfälle nach 31. Dezember 1931 nicht gezahlt werden sollen, nur der Lohnrechnung trägt, daß die Röhre seitdem bereits ins Unrecht gesetzt worden sind.

Die angebliche Milderung für die Kriegsopter in der neuen Verordnung stellt sich ebenfalls bei näherem Zusehen als eine fast in jeder Hinsicht Deklamation heraus. Nach der Verordnung sollen beim

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wand, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Karlsruhe, Donnerstag, den 20. Oktober 1932

Botschafter v. Höjch

Abschied von Paris

Paris, 19. Okt. Botschafter v. Höjch überreichte Herriot die diesem vom Reichspräsidenten verliehene Goethe-Medaille. Im Anschluß daran veranfaßte Herriot zu Ehren des scheidenden Botschafters ein Abschiedsfrühstück, an dem u. a. mehrere Mitglieder der französischen Regierung und der französische Botschafter in Berlin, Francois Ponce, teilnahmen. In seiner Ansprache betonte Herriot, Botschafter v. Höjch habe sich durch seinen Patriotismus und durch die zielbewußte Vertretung der deutschen Interessen, zugleich aber auch durch die Geradsinnigkeit seines Wesens und das in langjähriger Erfahrung erworbene Verständnis für das französische Volk und Land allgemeine Achtung in Frankreich erworben. Man sehe ihn deshalb mit großem Bedauern von seinem Posten scheiden, auf dem er stets für die Herbeiführung eines besseren Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich tätig gewesen sei. Das Ziel bleibe bestehen, und er glaube, daß trotz aller Schwierigkeiten dieses Ziel nicht unerreichbar sei.

Arbeiterklasse und europäische Zukunft

Paris, 19. Okt. (Eig. Draht.) Der tschechische Außenminister Benesch hat in einer Festrede vor der Akademie der Wissenschaften, die in diesem Jahr ihr 100jähriges Bestehen in ihrer jetzigen Form feiert, eine Rede über das Thema „Frankreich und das neue Europa“ gehalten. Benesch, der ausländisches Mitglied der Akademie ist, schilderte die Aufgabe Frankreichs, die darin bestesse, wie im vorigen Jahrhundert das Westendeil des neuen Europas zu sein. Die Lösung dieses Problems sei, so erklärte Benesch, sehr kompliziert. Auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet müßte ein neues Entwicklungsstadium vorbereitet werden, in dem die Arbeiterklasse ihren endgültigen Platz finde. Auf politischem Gebiet müsse man sich bemühen, die Krise der Demokratie, des Parlamentarismus, des Pazifismus und der internationalen Solidarität zu lösen, und zwar nicht nur unter Berücksichtigung gewisser berechtigter Kritiken, die gegen diese Einrichtungen gerichtet werden, sondern auch im Bewußtsein der gegenwärtigen Demokratie eine neue Gesellschaft zu errichten, in der die Arbeiterklasse die ihr zukommende politische Rolle spiele und in der eine neue soziale Autorität in jedem Staat und eine neue internationale Autorität geschaffen werde.

Gagesschau

London, 19. Oktober. Dem Premierminister MacDonald und seinem Kabinett ist heute ein „nationales Memorandum“, unterzeichnet von über 300 Männern und Frauen aller Parteien und aller Weltanschauungen, die im öffentlichen Leben eine hervorragende Stellung haben, überreicht worden, das die Regierung dringend auffordert, ihre Bemühungen, eine wirkliche Abrüstung in Europa herbeizuführen, fortzusetzen.

Newport, 19. Okt. (Eig. Draht.) Die Newporter Stadtfinanzen sind völlig zerrüttet. Die Stadtverwaltung sah sich unter dem Druck führender Wallstreet-Kreise gezwungen, für etwa 75 Millionen Dollar Budgetkürzungen vorzunehmen. Die führenden Banken hatten die Vergabe eines sofort benötigten Darlehens abgelehnt, so lange das Stadtparlament nicht ausbalanciert sei. Durch die Finanznot ist auch der fünf-Cent-Einheitsfahrpreis auf den künftigen Verkehrsmitteln bedroht.

Munich, 19. Okt. (S.F.) Ein Opfer im freiwilligen Arbeitsdienst wurde ein Arbeiter, der in der Nähe von Biedenkopf mit dem Bohren von Sprenglöchern beschäftigt war. Eine vorzeitige Explosion riß dem jungen Mann die rechte Hand mit dem Unterarm glatt ab.

Stockholm, 19. Okt. (Eig. Ber.) Die Standiniantente des Prinzen von Wales, deren offiziell einseitigere mercantiler Zweck den Empfangsfeierlichkeiten eine gewisse neigliche Note aufdrückte, hat nun die erwarteten Ergebnisse erzielt. Wie ein Stockholmer Abendblatt am Dienstag berichtet, sind in London bereits Verhandlungen über einen schwedisch-englischen Handelsvertrag eingeleitet worden. Wie weiter verlautet, soll auch die dänische Regierung beabsichtigen, eine Kommission nach London zu entsenden, um den dänischen Fleisch- und Butterexport nach England vertraglich sicherzustellen. Auch aus Oslo wird gemeldet, daß von englischer Seite Bemühungen im Gange sind, um Norwegen zu einem Handelsvertrag zu bewegen.

Wien, 19. Okt. Auf der heutigen Tagung der österreichischen Handelskammer trat der Gegenstand zwischen der Regierung und den Vertretern von Handel, Gewerbe und Industrie offen in Erscheinung.

Memel, 19. Okt. Das Direktorium des Memelgebietes hat den Kreisrat des Kreises Memel aufgelöst, weil es der Ansicht ist, daß ein Teil der Wahlberechtigten verhindert worden sei, vom Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Bukarest, 19. Okt. (Eig. Draht.) Die rumänische Regierungskrise geht einer schnellen Lösung entgegen. Der national-zaristische Parteivorsitzende Mandru hat sich nach Verhandlungen mit Titulescu, der der national-zaristischen Partei nicht angehört, bereit erklärt, eine Regierung mit Titulescu als Außenminister zu bilden.

Paris, 19. Okt. (Eig. Draht.) Der auswärtige Ausschuss der Kammer nahm am Mittwoch nachmittag einen Bericht Herriot über die auswärtige Lage entgegen. Herriot soll in einem sehr umfangreichen Bericht u. a. erklärt haben, die französische Regierung halte daran fest, daß die Viermächtekonferenz zur Prüfung der deutschen Gleichberechtigungsforderung in Genf, d. h. im Rahmen des Völkerbundes stattfinden.

Ein Kanzleitrost der Baronsregierung

Wann - dann: vielleicht!

Glaubt der Wirtschaftspan der Reichsregierung, dann ist mit einem Sinken der Arbeitslosenziffer und mit einem weiteren Aufbau der Belegschaften zu rechnen. Damit allein kann aber noch nicht die Massenarmut überwunden werden, unter der die Gegenwart so sehr leidet. Millionen Arbeitslose werden den Strapazen eines Winters ausgesetzt werden, mit ihnen Millionen von Frauen und Kindern. Dem Winter der Not wird ein Winter der Hilfe folgen müssen. Der Herr Reichspräsident und der Reichsminister haben den Aufruf der Deutschen Liga für freie Volkshilfe durch ein bedeutendes Leitwort unterstützt. Zu allen Zeiten hat werktätige Hilfe ungeachtete Kräfte und tatkräftige Hilfe aeseitigt. Darum helfe, wer helfen kann.

Hass und Lüge

Die Taktik der Kommunisten

Nach Befehl Moskaus leitet die kommunistische Partei ihre hemmungslos gegen die Sozialdemokratie fort. Statt den Kampf zu führen gegen die Nationalsozialisten, auf deren Rücken die „feindlichen Leute“ in die Nacht geklettert sind - ohne die kommunistische Partei wäre im übrigen auch der Rücken der Nationalsozialisten nicht breit und hoch genug für diesen Aufstieg gewesen -, hat die kommunistische Partei die Emigration des arbeitenden Volkes gegen das Regime der Barone und seine reaktionären Pläne und Maßnahmen zu unterstützen, schützen die Kommunisten den verwerflichen inneren Kampf in der deutschen Arbeiterbewegung. Ihr einziges Ein- und Trachten ist es, daß zwischen die Arbeiter zu fügen und die Mittel, das sie dazu anwenden, ist die Lüge.

Die Kummern der „Roten Fahne“, die nach dem letzten vierjährigen Verbot wieder erschienen sind, strotzen von giftig-schwelender Anararchie gegen die Sozialdemokratische Partei. So und so gehen dabei Hand in Hand. Von Verneinung ist in der kommunistischen Journalistik schon längst keine Rede mehr. Von proletarischem Anstand, vom Streben nach Wahrheit gar nicht zu reden! Sie haben alles verlassen, was Aufklärung und Erziehung durch die großen Meister des Sozialismus der deutschen Arbeiterklasse gegeben haben, alle geschichtlichen Erfahrungen, alle Erkenntnisse aus dem Kampfe der deutschen Arbeiter sind bei ihnen ausgeföhren. Es gilt nur noch der demagogische Satz.

Das ist es, der sie das Märchen vortragen läßt, daß das ganze deutsche Volk eine reaktionäre Masse bilde von den Nationalsozialisten angefangen über Papen und die Deutschenationalen bis zu den Sozialdemokraten! Das ist es, der sie die folgenden Sätze prägen läßt:

„Da stehen sie nun vor euch, alle, die um den Bestand des kapitalistischen Systems bangen: der Stappenhans von Charleville und der Sozialdemokrat Paul Löbe, die Bärstaber von der Burgstraße und der kleine Goebbels, die Serrenklubler und die Zentrumsführer.“

Ironprinzen, die Paul Löbe als Verteidiger des kapitalistischen Systems beschreiben, glauben selbst nicht, was sie den Arbeitern vorhalten, und wir möchten den kommunistischen Arbeiter sehen, der diesen verlogenen und giftig-schwelenden Unsinn glaubt, den ihm seine eigene Presse vorsetzt! Die beherrschten und verlorenen Decker sind ein Krebsgeschwür der deutschen Arbeiterbewegung. Sie ähneln mit Haß und Lüge die Zwietracht und sie betrogen damit ebenso auf die Geschäfte der feinen Leute, der Barone und der Monarchisten, wie es die Nationalsozialisten getan haben!

In einer ebenfalls giftig-schwelenden Polemik gegen die Sozialdemokratie ist der „Roten Fahne“ vor einigen Tagen das Zeugnis erteilt, daß ein Generalangriff auf die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse im Gange sei. Sie ist sofort darauf festgesetzt worden, daß mit dem Zugeständnis, daß die deutsche Arbeiterklasse soziale Errungenschaften zu verzeichnen habe, die Politik der Sozialdemokratie gerechtfertigt sei! Alle Arbeiter wissen, daß es soziale Errungenschaften gibt, sie wissen es ganz besonders, seitdem die Reaktion mit Macht gegen die sozialen Errungenschaften ansetzt! Bisher hat die kommunistische Propaganda wohl verlogenermaßen behauptet, daß es den deutschen Arbeitern unter sozialdemokratischem Einfluß schlechter und schlechter gegangen sei. Jetzt ist unwillkürlich die Wahrheit hervorgekommen. Nun da die Kommunisten ertrampelt sind, verfallen sie auf eine traurige Ausrede: die Bourgeoisie habe die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse überlassen!

Um die Hete gegen die Sozialdemokratie nach diesem Geständnis fortsetzen zu können, pfeifen sie auf alle marxistischen Lehren und Erkenntnisse, pfeifen sie auf die Lehre vom Klassenkampf und verbreiten sie das Märchen, daß die Bourgeoisie der Arbeiterklasse freiwillig Errungenschaften ausreißte! Soweit haben Haß und Lüge im Bunde die kommunistische Propaganda geführt!

Gegenüber der kommunistischen Partei, deren einziges Ziel ist, Zwietracht zwischen die Arbeiter zu fügen, ist Langmut nicht am Platze. Sie muß klar und scharf bekämpft werden, damit die deutsche klassenbewußte Arbeiterklasse ihre ganze Kraft zum Kampfe gegen die Reaktion sammeln kann.

Verantwortungsvolle vorsubdringen diesen unlagbar traurigen Bericht gegen die Sozialdemokratie wäre zwecklos. Die gewissenhaften Deutschen, die Paul Löbe in eine Linie stellen mit dem Ex-

Not und Mehrheitsgemeinschaft?

Von Rudolf Breitscheid, M. d. R.

Der Zentrumsführer Kaas hat seine Rede zu Münster, mit deren Kritik an dem System Papen auch wir Sozialdemokraten weitgehend einverstanden sein können, in eine Mahnung zur Bildung einer Not- und Mehrheitsgemeinschaft auslingen lassen. „Wenn heute“ — so sagte er — „drei, vier, fünf politische Führer der verschiedenen Lager den Mut hätten, sich den aufrüttelnden Ernst der Stunde einzusetzen, und aus der Erkenntnis dieses Ernstes zu dem Entschluß vorläufigen, ihre ganze Autorität und den ganzen Einsatz ihres Führertums zu wagen, um ihre Gefolgschaft auf die Bildung einer deutschen Not- und Mehrheitsgemeinschaft zu verpflichten, dann wäre die Durchbruchschlacht deutscher Selbstbestimmung geschlagen.“

Dieser Appell ist, wie wir schon mit Rücksicht auf die Zahl der Lager annehmen möchten, auch an die Adresse der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Führer gerichtet. Er ist überflüssig, soweit er zur Erkenntnis des Ernstes der Stunde auffordert, denn niemand steht klarer als wir, welche Wollen über Land und Volk liegen und welche Gefahren noch drohen. Aber auf der anderen Seite ist die Mahnung nicht ganz verständlich an dem Punkte, wo sie von den aus der Erkenntnis zu ziehenden Schlussfolgerungen spricht. Was bezieht Herr Kaas unter der Not- und Mehrheitsgemeinschaft? Denkt er etwa an eine Regierungs- oder auch Tolerierungskoalition? Es wäre gut, wenn er sich darüber etwas deutlicher ausgesprochen hätte. Aber freilich würde ihm und seinen Freunden ein tieferes Eindringen in diesen Gegenstand auch gleich die ungeheuren Schwierigkeiten, oder besser gesagt die Unmöglichkeit der Verwirklichung von solchen Koalitionsideen klar gemacht haben.

Eine Mehrheit gegen das Kabinett Papen und seine Politik zu schaffen, ist nicht notwendig. Sie ist bereits vorhanden. Sie umfaßt alle Parteien, mit Ausnahme der Deutschnationalen. Mit dieser Oppositionsmehrheit ist jedoch wenig anzufangen und zwar schon deshalb, weil zu ihr starke Gruppen gehören, die den antidemokratischen Grundgedanken der gegenwärtigen Regierung nur deshalb ablehnen, weil nicht sie es sind, die die Macht besitzen und sie ausüben. Das sind die Kommunisten, an deren Eintritt in die von ihm angeführte Gemeinschaft Herr Kaas wohl auch kaum gedacht hat, aber das sind auch die Nationalsozialisten, mit denen das Zentrum vor der Auflösung des Reichstags schon eine gemeinsame Grundfrage zu finden suchte. Die Nationalsozialisten bemühen sich freilich, die Rolle von Hütern der Demokratie und Verteidigern der Volksrechte zu spielen, aber wenn über die Ernsthaftigkeit dieses Unternehmens noch irgend welche Missionen hätten bestehen können, so wären sie durch Adolf Hitler zerstört worden, der gerade dieser Tage in Königsberg als ausschließliches Ziel seiner Politik wieder einmal die Eroberung der Macht für sich selbst hingestellt hat. „Wenn wir einmal die Macht bekommen, so werden wir sie, so wahr uns Gott helfe, auch behalten. Weanehmen lassen wir sie uns dann nicht mehr.“

Herr Kaas hat sich in Münster mit anerkanntem Eifer für die Erhaltung des wesentlichen Inhalts der Weimarer Verfassung und damit der Demokratie eingesetzt. Was die Nationalsozialisten von jeder Erleichterung haben und heute noch erleben, ist die Diktatur und sie können daher für eine Gemeinschaft bereit, die sich für die vom Volke ausgehende Staatsgewalt einsetzen, nicht in Betracht kommen. Als Mitkämpfer gegen das Regierungssystem Papen darf der nicht gelten, der das Selbstbestimmungsrecht der Nation in noch weiterem Umfang und mit noch weit gefährlicheren Methoden befechten will als die gegenwärtige Regierung.

Außerdem handelt es sich nicht nur um die Staatsform. Wir haben den heute herrschenden Kurs auch noch andere Dinge vorzuwerfen, als seinen Bruch mit der Demokratie. Aber mögen wir nun an seine Wirtschaftspolitik denken, mögen wir seine antisozialen Bestrebungen ins Auge fassen, mögen wir seine Kritik an „Marxismus“ prüfen, oder seine Außenpolitik unterleuchten, — überall stoßen wir doch auf Anzeichen bei dem sogenannten Gedankengut der Nationalsozialisten. Wären diese an der Macht, oder hätten sie innerhalb einer irgendwie gearteten Regierung Einfluß, so würde sich auf all den erwähnten Gebieten ihr Verhalten und ihr Vorgehen nicht unterscheiden — jedenfalls nicht zu seinem Vorteil unterscheiden — von dem, was gegenwärtig geschieht und geplant wird.

Indessen genügt es nicht, nur von der Kraft zu sprechen, die uns von den Anhängern Hitlers trennt. Eine Gemeinschaft, deren Zweck sich nicht auf die Beseitigung der derzeitigen Regierung beschränken soll, müßte in einer ganzen Reihe von Problemen der inneren Übereinstimmung sicher sein. Sie müßte nicht nur die Wiederherstellung der Demokratie wollen, sie müßte vor allem auch ein einheitliches Programm für die Beseitigung der wirtschaftlichen und sozialen Not besitzen. Beurteilung der Papenschen Ideen würde nicht ausreichen. Deshalb haben wir die Frage aufzuwerfen, ob es in diesen Beziehungen einen Boden gibt, auf dem sich insbesondere die Sozialdemokratie mit anderen Parteien finden könnte, und da müssen wir mehr als festlich sein.

Über die Ablehnung des Wahnsinns der Autarkie, über die Notwendigkeit der Wiederherstellung sozialer Rechte der Arbeiter, über die Beseitigung eines Systems, das auf Kosten der Beschloßenen das kapitalistische Unternehmertum über Wasser halten will, würde man sich am Ende nichtbittig verständigen können. Aber unserer Grundauffassung, nach der die Überwindung der sich bergeshoch türmenden Schwierigkeiten nur von einer Abkehr von der kapitalistischen Produktionsweise und einer entschlossenen Wendung zum Sozialismus erwartet werden kann, würde man keine Zugeständnisse machen. Das aber ist und soll sein der Angelpunkt unserer Politik. Die Sozialdemokratie steht und fällt mit der Idee des Sozialismus und mit der Verstaatlichungsforderungen, die gerade im gegenwärtigen Wahlkampf den Kern ihrer Aufklärungsarbeit bilden. Sie kämpft um eine Wirtschaftsweise, die den Arbeitenden aus seinen Fesseln befreit. Sie will um der Gegenwart willen eine planvolle Regelung der Produktion an die Stelle der Anarchie setzen. Sie will darüber hinaus durch die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und des Großgrundbesitzes die Macht und den Einfluß der Schichten brechen, auf die sich das „volksfremde“ Präsidialkabinett von heute stützt.

Unter diesen Umständen glauben wir nicht an die Möglichkeit der Verwirklichung von Gemeinschaftsideen im Sinne transzendenter Koalitionen. Deutschland ist in eine Periode eingetreten, in der es mehr als je unzuverlässig sein würde, vorhandene Gegenstände zu verdecken. Aber das hindert selbstverständlich nicht, daß die Sozialdemokratie bereit sein würde, die Unterstützung jeder Partei und jeder Gruppe anzunehmen, die ehrlich und entschlossen mit ihr gemeinsam die Demokratie wieder herstellen und erhalten will. Schon deshalb, weil wir in der Demokratie das Fundament sehen, auf dem wir das Haus des Sozialismus errichten wollen!

Wirtschaft der Hitlerbarone

Die Einseitigkeit der Wirtschaftspolitik

Der württembergische Wirtschaftsminister Dr. Maier hat an einem neuen Fall die unerhörte Parteilichkeit und Einseitigkeit der wirtschaftlichen Dispositionen nachgewiesen, die jetzt von der Reichsregierung durchgeführt werden. Er bezieht sich in seiner Rede, die er in Welsheim hielt, mit der Zinsentlastungsaktion, deren Hauptzweck nicht die Neugründung von Betrieben, sondern lediglich der Erleichterung der finanziellen Lage überschuldeter landwirtschaftlicher Betriebe sei. 450 Millionen Mark sollen in den nächsten zwei Jahre aus allgemeinen Steuermitteln genommen werden, um die Zinsen für „Hypotheken für landwirtschaftliche Grundstücke“ allgemein auf 4 Prozent zu senken. Diese Aktion sei völlig unangeeignet, den Besitzern landwirtschaftlicher Grundstücke in Württemberg die Verzinsung ihrer Schuldenlast zu erleichtern, denn die württembergischen Landwirte seien gar nicht „hypothekarisch“ verschuldet. Sie seien vielmehr unter der kurzfristigen Verschuldung in Form von Darlehen bei Kreditgenossenschaften, von Kaufpreistrüben

und Steuerrückständen. Die Zinsen für diese Art von Schulden aber würden nicht geleistet. Es gäbe in Württemberg allerdings 300 000 Besitzer landwirtschaftlicher Grundstücke, aber davon seien nur 150 000 hauptberufliche Landwirte, während die anderen Handwerker, Kaufleute, Arbeiter usw. sind und die Landwirtschaft nebenberuflich betreiben. Sie sind daher auch nicht Inhaber von landwirtschaftlichen Hypotheken. Ganz abgesehen davon, daß ein Anrecht auf und verbriefend wirkt, wenn ein Landwirt in Zukunft nur 4 Prozent, sein Nachbar vom Handwert aber 7-8 Prozent Hypothekenzinsen weiter bezahlen muß. Es sei aber nach der ganzen Sachlage hundert gegen eins zu wetten, daß von den 150 000 Millionen noch keine ganze Million nach Württemberg kommen werde, daß die württembergischen Steuerzahler insgesamt aber einen Beitrag von 18 Millionen dazu werden leisten müssen. Auch das sei wieder eine Aktion, die lediglich dem landwirtschaftlichen Grundbesitz im Norden gunstig kommen würde.

Redeschlacht der Volksbetrüger

Eine homerische Schlacht in der Hohenheide

Die Harzburger Brüder krakeelen miteinander — Das Deutschland des Volksbetrugs und der Reaktion

BRN, Berlin, 19. Okt. Die deutschnationale Versammlung in der Hohenheide, in der dem nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Goebbels Gelegenheit gegeben wurde, mit dem Abgeordneten Steuer und anderen deutschnationalen Rednern zu diskutieren, mußte schon eine Stunde vor Beginn vollständig geschlossen werden. In der Hohenheide waren Tausende von Menschen versammelt. Trotz aller verfügbaren polizeilichen Kräfte war es unmöglich, die Menschenmenge abzurufen. Gegen 1/2 Uhr war die Menge so stark angewachsen, daß die Polizei einige Hundert Mannschaften einlegen mußte. Gänge und Balkone waren verstopft. Vor der Tribüne hatte ein größeres Aufgebot der Kampfgemeinschaft deutschnationaler Jugend aufgestellt genommen. Deswegen lag man einen größeren Trupp SA-Männer in Uniform.

Der deutschnationale Abgeordnete Schmidt (Hannover): Der Stolz im neuen Reich gehe nach wie vor gegen links, gegen Weimar, gegen Versailles und gegen die Volksempörung unseres deutschen Vaterlandes. Die Frage sei nur, wer sich an dieser Kampf beteilige. Als der Abgeordnete auf die Daves- und Young-Anleihe zu sprechen kam, erklärte aus der Versammlung ein wellstimmiges Oha. Der Redner fuhr fort, daß bei Tausenden und Abertausenden guter Deutscher zur Zeit die Hausfronte sei, die Front von Harzburg wieder verwirklichen zu können. Weite Kreise des Volkes seien auch in Sorge darüber, daß auf der einen Seite die fräftigen Jugendmannschaften der Nationalsozialisten auf der Straße gegen den roten Terror auftreten, während im Parlament die NSDAP mit den Kommunisten timme. Man habe das Gefühl, daß das Rot des Fasentzugsbanners nicht mehr abgewandt wird von dem Schwarzrotweiß des Fasentzugsbanners. Sehr erregt wandte sich dann der Redner gegen die verschiedentlich in der nationalsozialistischen Presse aufgetretene Meinung, daß die Deutschnationalen am 9. November 1918 in den Mauthäusern gelassen hätten.

Nach minutenlangem Beifallsrufen und nachdem die Kapelle das Hingewandelt gespielt hatte, erteilte der Leiter der Versammlung dem Abgeordneten Goebbels das Wort.

Dr. Goebbels schloß in seiner Rede an das Wort seines Vorredners an, es gelte ein unumkehrbares System zu liquidieren. Diese Parole sei von den Nationalsozialisten populär gemacht worden, als die Deutschnationalen noch in der Regierung saßen. Die Nationalsozialisten unterließen auch solche kommunistischen Ideen, von denen sie die Lieberzeugung haben, daß sie gut sind. Sie hätten gegen die Hausfront und den Verbot des Rotfrontkämpferbundes gestimmt, weil sie den Rotfrontkämpferbund in verborgenen Zuständen für viel gefährlicher hielten. Als er dann ausführte, daß die Nationalsozialisten mit dem Zentrum verhandelt hätten, um

die Rechte des Volkes gegen die Regierung zu verteidigen, wurde er von dem aufstrebenden Polizeioffizier unterbrochen.

Zu den Wahlen vom 6. November äußerte Dr. Goebbels, daß der Volksweltismus mindestens 1 1/2 bis 2 Millionen seien müßte. Zu der Frage, warum der Nationalsozialismus am 13. August die Macht ergriffen habe, erklärte Dr. Goebbels, daß der Einfluß ein Äquivalent in der Macht finden müßte. Wenn Papens Politik scheitere, gebe er in den Rubelstand. Hitlers Fiasco würde die Millionen Deutscher ihrer letzten Hoffnung berauben. Ein solcher Einfluß verlange die Sicherheit der Gewinnung der Führung durch die deutschnationale Partei. Nur eine Partei könne die Führung haben und das sei die nationalsozialistische Partei.

Als Dr. Goebbels beendet hatte, stimmten die Nationalsozialisten dem Fort-Wesell-Vied an. Es dauerte einige Minuten, ehe die tagsabgeordnete Schmidt das Schlußwort erteilen konnte.

Nachdem der Versammlungsleiter dem Hrn. Schmidt-Hannover das Wort erteilt hatte, setzte wiederum im Saal lauter Drängen laute Heulrufe ein, so daß der Redner sich nicht verständlich machen konnte. Dr. Goebbels betrat noch einmal das Rednerpult und erklärte, seine Anhänger würden sich die Schlußworte nur dann merken, wenn die Tribüne zu hören. Die Nationalsozialisten verließen dann die Tribüne zu hören. Bei dem sich heraus entwickelnden Sanbpaenge wurden auf beiden Seiten eine größere Anzahl Personen mehr oder weniger schwer verletzt. Mehrere Nationalsozialisten, darunter auch der Hrn. Gernsiorf, wurden verhaftet. Die Versammlung wurde von der Polizei aufgelöst.

Schlägerei in einer Wahlversammlung

BRN, Sola, 19. Okt. In einer Wahlversammlung der deutschnationalen Volkspartei kam es zu einer großen Schlägerei. Als der Redner sich gegen die Nationalsozialisten wandte, von deren Anhängern der Saal zur Hälfte besetzt war, warf der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Gernsiorf eine Seltersflasche gegen den Redner. Die Tribüne zu hören. Die Nationalsozialisten verließen dann die Tribüne zu hören. Bei dem sich heraus entwickelnden Sanbpaenge wurden auf beiden Seiten eine größere Anzahl Personen mehr oder weniger schwer verletzt. Mehrere Nationalsozialisten, darunter auch der Hrn. Gernsiorf, wurden verhaftet. Die Versammlung wurde von der Polizei aufgelöst.

Majestäten

Zur Fürstenhochzeit in Koburg ist eine lange Liste von Majestäten aufgestellt worden, die als Ehrengäste erscheinen sollen. Die auswärtigen Fürstlichkeiten werden durch eine Expeditionskompagnie der republikanischen Reichswehr begrüßt werden. In der Liste der Ehrengäste findet man die folgenden bezeichnet: „Die Jarin von Russland“ — das ist die Großfürstin Krißil, die im Exil lebt, ferner „König Rupprecht von Bayern“ — damit ist der bayerische Kronprinz gemeint. Es wird sich sehr gut machen, wenn eine Ehrenkompanie der Reichswehr der deutschen Republik präsentiert für die Jarin von Russland und den König Rupprecht von Bayern. Es wird in der gleichen Weise eine Demonstration sein gegen die Sowjetunion, mit der die deutsche Republik nicht nur in freundschaftlichen Beziehungen lebt, wie gegen die deutsche Verfassung und die verfassungstreuen Staatsbürger in Deutschland.

Völkerhaß in der Schule

Weimar, 19. Oktober. (Eig. Bericht.) Im Amtsblatt des Thüringischen Ministeriums für Volksbildung veröffentlicht der Nazivolksbildungsminister Wächter eine Verordnung, durch die der Völkerverhaß als Lehrfach eingeführt werden soll. Die Verordnung lautet:

„Wir ordnen folgendes an: In den 7. Klassen der Volksschulen, in den beiden ersten Jahrgängen der Berufsschulen und in den Klassen Quarta bis Untertertia der höheren Schulen sind alljährlich in der Zeit zwischen Ostern und Pfingsten die Vertragsbestimmungen über die Gebietsabtretungen und die Abtretung und der Kriegsschuldartitel 231 im Sinne dieser Verfügung eingehend zu behandeln. Von den Schlußklassen aller Schulen des Landes hat in dem letzten Vierteljahr das Diktat von Versailles und der Gedanke des Kampfes dagegen beherrschend im Vordergrund des Schulunterrichts zu stehen. Zudem haben sich alle Schüler und Schülerinnen des 7. Schuljahres den Wortlaut des Art. 231 einzuprägen, damit sein Inhalt in ihrem Bewußtsein dauernd lebendig bleibt und der Abwehrwille dagegen zur höchsten Entfaltung kommt. Um die Erreichung dieses Ziels zu fördern, bestimmen wir schließlich, daß an allen Schulen vom 7. Jahrgang an regelmäßig die letzte Wochenstunde mit folgendem Bestehesgespräch beschloffen wird: Ein Schüler oder der Lehrer sagt vor: „Hört den Artikel, den Deutschlands Feinde erkennen, um uns auf ewig zu schänden: Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Angehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Ver-

bünden aufgezungen wurde, erlitten haben.“ Die Klasse antwortet darauf zu: „Die deutsche Schande soll brennen in unseren Seelen bis zu dem Tage der Ehre und Freiheit.“ Und an diesem Anzug soll Deutschland genesen ...“

Politische Wegelagererei

Essen, 19. Okt. Gestern abend sind 12 Anarchisten der Essener Front beim Verleihen von Flugblättern von Nationalsozialisten beschossen worden. Die Polizei, die schon gestern verschiedene Essener festgenommen hatte, verhaftete heute noch 6 SA-Männer. Es dürfte mit einer baldigen völligen Auflösung der Tat zu rechnen sein.

Der sächsische Landtag zur Reichsreform

BRN, Dresden, 19. Okt. Der sächsische Landtag hat heute in Zusammenhang mit einer sozialdemokratischen Anfrage über die Stellungnahme der sächsischen Regierung zur Frage der Reichsreform beschlossen, die sächsische Regierung zu beauftragen, gegen verfassungswidrige Pläne der Reichsregierung scharfsten Protest einzulegen und im Reichsrat gegen alle verfassungswidrigen Entwürfe zu stimmen. Für den Antrag stimmten außer den Sozialdemokraten die Kommunisten, die Nationalsozialisten und die Demokraten. Der Beschluß erfolgte gegen ausdrückliche Vorstellungen der sächsischen Regierung. Ministerpräsident Schief hatte dem Landtag betont, daß die Rundgebungen der Reichsregierung die Reichsreform ein erfreuliches Erkenntnis zum Überdies haben würden.

Die englischen Arbeitslosenunruhen

London, 19. Okt. (Eig. Draht.) Im Parlament stellte der Labour-Fraktion, Lansbury, am Mittwoch eine Anfrage über die Arbeitslosenunruhen, die in der Nacht zum Dienstag in London zu verschiedenen waren. Die Demonstration sei, so erklärte der Innenminister, von den nationalen Union Arbeitsloser, einer wohlbestimmten kommunistischen Organisation, veranstaltet worden. Es sei klar, daß 40 Personen seien verhaftet, mehrere Beamte verletzt worden. Die Verhafteten seien am Mittwoch vor dem Polizeigericht genommen worden. Die Polizei habe eingehende Vorbereitungen getroffen, um Demonstrationen vor dem Verbandsgebäude und Geländesträßen bis zu 3 Monaten verhängt worden. Die Ursache für alle Unruhen der letzten Zeit ist die Erörterung über den Voranschlag der Arbeitslosenunterstützung während des Bedürftigkeitsnachweises.

Keine Gegenliebe Italiens

Die Niederlage der deutschen Kontingents-Kommission

Ungeachtet der optimistischen Berichte über die deutsch-italienischen Verhandlungen, ist es notwendig, den wahren Sachverhalt herauszustellen:

Die Beendigung des Desinfektionskrieges mit Italien, der jetzt durch ein neues Abkommen belebt ist, ist sicherlich erfreulich, aber es wäre eine große Übertreibung, etwa hier von einem deutschen Erfolg zu sprechen.

Der künftige Geschichtsschreiber der deutschen Handelspolitik in der Nachkriegszeit wird einmal der Tomatenkommission des Freiherrn von Braun ein besonderes Kapitel widmen. Diese aus Beamten des Reichs Ernährungsministeriums bestehende Kommission, die in völliger Unkenntnis der Stimmung im Ausland, voller Illusionen ihre Europareise antrat, hat jetzt aus Rom mit leeren Händen abziehen müssen.

Nach den ganz unwissenschaftlichen Kontingentsverhandlungen in Belgien mußte die Tomatenkommission schon bei dem ersten ernsthaften Vertragsgegnere Holland eine schwere Niederlage einstecken. Im Haag ist die deutsche Delegation nicht einmal zum Verhandeln gekommen, denn die holländische Regierung erklärte von vornherein, daß die deutschen Vorschläge „keine Grundlätze für eine fruchtbare Diskussion“ abgeben.

Nach diesem Schlag hat man gehofft, aus Rom ein besseres Ergebnis heimzubringen. Aber auch diese Hoffnung hat getrogen. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen ist ein Kommuniqué veröffentlicht worden, das trotz seiner Farblosigkeit die Tatsache nicht verlißt, daß die Italiener in keinem Punkte den Kontingentsforderungen Deutschlands entgegengekommen sind. Die deutsche Delegation vermeidet zwar peinlich, die Kontingentsverhandlungen als gescheitert hinzustellen, aber im Grunde ist man in Rom feinen Schritt weiter gekommen als in Holland.

Kulturabbau in Oesterreich

Einschneidende Sparmaßnahmen im österreichischen Bildungswesen

Wien, 19. Okt. Wie die Blätter melden, sieht der Haushaltsplan für 1933 trotz den nachdrücklichen Einwänden des Unterrichtsministers außerordentlich einschneidende Sparmaßnahmen im Bildungswesen vor. Außer dem Abbau von etwa 150 Mittelschulen und Entlassungen zahlreicher Lehrkräfte soll vom Finanzminister die Aufhebung der medizinischen Fakultät in Innsbruck, der philosophischen Fakultät in Graz und der evangelisch-theologischen Fakultät in Wien vorschlagen werden sein.

Die gesamte Presse nimmt gegen diese Pläne in schärfster Weise Stellung und bezeichnet sie als eine Verleumdung an der kulturellen Vergangenheit Oesterreichs und als schwere Gefahr für seine kulturelle Zukunft.

Nationale Bahnbeamte

Verhaftungen wegen Eisenbahntatzen

Braunschweig, 19. Okt. (Sig. Bericht.) In Berlin ist der frühere Leiter der Reichsbahnpolizei der Eisenbahndirektion Magdeburg, Oberinspektor North, festgenommen worden, weil er an Eisenbahntatzen beteiligt gewesen ist. Außerdem wurde ein braunschweigischer Bahnpolizeibeamter festgenommen. Es ist anzunehmen, daß noch mehr Festnahmen erfolgen. North wird ferner Untersuchungen von Vorgesetzten zur Last gelegt.

Vor zwei Jahren geschah in Braunschweig Duzende von Eisenbahntatzen, ohne daß man die Täter fassen konnte. Die Verhütung von Bahnanlagen geschah immer nur an Stellen, wo sich gerade keine Polizeibeamten aufhielten. Ueber fünfzig kriminal- und Polizeibeamte waren ständig mit Hund und unterwegs, um die Eisenbahntatzen zu fassen. In einer Nacht wurde sogar auf die Polizeibeamten geschossen. Der braunschweigische „Volksfreund“ behauptete damals schon, daß die Täter zu den Reichen der Bahnpolizeibeamten zu suchen seien. Die Eisenbahndirektion Magdeburg hatte sich für diesen Dienst nur national zuverlässige Leute ausgewählt; am liebsten wurden Staatsbeamte und Nationalsozialisten angestellt. Der Mitglied des Deutschen Eisenbahnerverbandes war, wurde nicht aufgenommen. Die Anarische auf Signalrichtungen geschah immer nur in dunklen Nächten. Auf Grund der Behauptung des „Volksfreundes“ entstand ein Streit zwischen dem Polizeipräsidenten in Braunschweig und der Reichsbahndirektion Magdeburg. Die braunschweigische Kriminalpolizei feste schließlich durch, daß sie die Oberleitung des Bahnüberwachungsdienstes erhielt. Mit diesem Tage hörten die Angriffe auf die Bahnanlagen auf. Es wurden keine Schienen mehr gelockert, kein Draht mehr durchgeschnitten und auch nicht mehr auf fahrende Züge geschossen. Die Beamten hatten die Verbrechen begangen, um die Notwendigkeit des Bahnüberwachungsdienstes zu beweisen.

Böcke eines Naziführers

Welche Sorgen heute ein Naziführer hat — Der Herr Reichstagspräsident schießt im Reichstag Böcke, in Mecklenburg Hirsche

Aus einem Brief des Präsidenten des preussischen Landtags Kerrl an den Staatssekretär für Landwirtschaft hat man feinerzeit erfahren, daß Herr Reichstagspräsident Goering in preussischen Staatsforsten einen Hirsch schießen wollte, daß er aber von einer ihm gebotenen Gelegenheit keinen Gebrauch gemacht hat, weil ihm der Hirsch zu dünn war. Diese Affäre

Wahlkampf in Pommern

Der neue Kurs der Hhenplige — Hitler vor verschlossenen Taschen Prügel und Maulschellen — Der Dank vom Hause Habsburg

Aus Stettin wird uns geschrieben:
Wenn es nach den Pommern gegangen wäre, wäre Hitler heute Reichspräsident. Er hatte in Pommern die absolute Mehrheit. Das war vor sechs Monaten. Fände die Wahl heute statt, das Ergebnis läße vermutlich sehr, sehr viel anders aus. Es hat sich inzwischen einiges geändert...

Dieser Tage wurden aus pommerschen Dörfern Braunbenden, die Lebensmittel für SA-Männer sammeln wollten, regelrecht hinausgeprügelt, Vorfälle, die noch vor kurzem undenkbar gewesen wären, heute aber nur ein Glied in einer Kette von Symptomen sind. Symptome — wofür? Ist Pommern, die Hochburg der Hakenkreuzler, über Nacht „marxistisch“ geworden? Nein! Aber der Bruderzwist im Hause Habsburg ist ausgebrochen. Die pommerschen Junker, die mit Hitler liebgegelten, deren Wahlterror ihm tiefsten Stimmengewinns eintrug, sie... brauchen ihn nicht mehr. Ihre Ziele sind erreicht: Welschherrschaft im Reich, Abhebung des Preußenabnehmens, Geldbesitz für „darbende“ Großgärtner, Kontingentierung der Einfuhr.

Hitler hat seine Pflicht getan und kann gehen.

Die Herren von Kr und Balm denken nicht daran, mit dem Kaiser-Geheiß aus Braunau die Leute zu teilen. Sie geben ihm Geld, solange sie ihn brauchen. Jetzt verschließen sie ihm Taschen und Tore. Auch ihre Presse weisen sie zurück.

Neuerdings hat die Hitlerpartei in Pommern eine eigene Tageszeitung aufgemacht. Aber sie hat wenig Glück damit, kommt nicht an die Massen heran. Die Nacht der von Eugenberger regierten Kreisblattpresse war nicht zu brechen. Das Hitlerblatt fand schon unmittelbar vor der Pleite. Man hielt es nur dadurch notdürftig am Leben, daß man die Konkurrenz im eigenen Lager ausschaltete und für Pommern den Verkauf von Goebbels „Angriff“ unterband. Die Nacht der Nazis ist also immerhin noch groß genug, um den Bonhof einer — Nazi-Zeitung durchzusetzen. Ein Stück aus dem Tollhaus?

Und wie sieht es in der pommerschen Hitlerbewegung selbst aus? Gärung, Zerfall, Verwundung! Die Junker und Großbauern geben nichts mehr her, die Geldmittel werden knapp. (Viele besetzte Funktionäre müßten abgebaut werden.) Folge des Geldmangels: teils Rebellion, teils verstärkte Korruption. Die letztere hilft besonders in der SA. Die Partei kann nichts mehr geben, also nimmt man sich das Seine mit Zug, Trug und List. Das erbeutete Geld wird verprakt, Kartoffeln und Getreide verhöfacht. Ausschüsse können dem Unwesen nicht mehr steuern.

Auf der Redaktion der Stettiner sozialdemokratischen Zeitung wird man demnächst wohl einen neuen Warteraum einrichten

hat ihre Folgen gehabt. Weil Herr Goering nicht dazu gekommen ist, sich an Hirschen weidmännisch zu erproben, ist er im Reichstag zielbewußt auf die Böcke losgegangen und hat einen kapitalen Bock nach dem anderen geschossen.

Inzwischen scheint ihm die Einsicht aufgegangen zu sein und er will nun lieber statt Böcke Hirsche schießen. Da er aber mit den dünnen Hirschen nicht zufrieden ist, die ihm die kommunistische Verwaltung in Preußen zum Abschuß vorführen lassen wollte, ist er ins besessene Ausland gegangen, so daß die mecklenburgische Presse hochzufrieden mitteilt, daß die mecklenburg-schwedische Staatsregierung — d. h. daß der Schwager von Herrn Goebbels — Herr Goering im Bildpart Friedrichsmoor den Abschuß eines kapitalen Rothirsches genehmigt habe.

In seinem Schreiben an den Staatssekretär für die Landwirtschaft hat der Herr Kerrl zu verstehen gegeben, daß Herr Goering bis zum nächsten Jahre warren wird, weil dann „wir selbst die Hirsche in der Schorfheide verteilen werden“. Entweder hat nun Herr Goering nicht warten können, oder die Hoffnungen der Nazis auf die Ueberrahme der Regierung in Preußen sind so gekunken, daß Herr Goering sich lieber mit einem mecklenburgischen Hirsch beschneiden und auf die preussischen Staatsböcke bezichtigen will.

Spernung ausländischer Postfischguthaben in der Schweiz

Wien, 19. Okt. In Anwendung des Bundesratsbeschlusses über die Durchführung der mit verschiedenen Ländern getroffenen Devisenabkommen hat die Schweizerische Oberpostdirektion die vorhandenen Guthaben auf Postkonten von Inhabern, die ihren Wohnsitz oder den Sitz ihres Unternehmens in einem der Länder haben, mit denen die Schweiz ein Devisen-Clearing unterhält, mit Ausnahme der Stammeinköme von 50 Schweizer Frs. der Schweizerischen Nationalbank in Zürich überweisen. Die Inhaber solcher Postfischrechnungen können bis auf weiteres über ihre Guthaben nur durch Vermittlung dieser Bank verfügen.

müssen: unzählige Nazis, die enttäuscht dem Hakenkreuz den Rücken kehren, erscheinen dort täglich, um ihre Erlebnisse im Nazilager zu erzählen. Eine Enthüllung jagt die andere. Da prügelt ein Gauleiterführer einen Musikführer zur Tür hinaus, weil er für sich und seine Leute Bezahlung rückständiger Gelder verlangt, da veranstalten leitende Nazileute von den für die SA bestimmten Lebensmitteln wahre Festmähler, während die SA vom schäbigen Rest elenden Fraß vorgesetzt bekommt. Stunend hören es die Stettiner.

Täglich neue Enthüllungen, neue Korruptionsfälle. Sie hier aufzuzählen, würde uns Endlose führen. Nur ein Ereignis sei noch erwähnt: Der Tod des Hitler-Jungen Horst Kanae, des Führers der Stettiner Nazi-Marine-Jugend. Er wollte Gelder seiner Gruppe nicht vom Vertraffen hergeben. Dafür wurde er Knall und Fall seiner Funktionen erhoben. Kanae ging hin und schloß sich eine Kugel in den Kopf. In Berlin (wo er herkam) begrub man ihn als — Opfer kommunistischer Mörder. Noch an seinem Grabe schwor man den roten Unholden Rache.

Was in Pommern stabil geblieben ist und es leider vorläufig bleiben wird — das ist das Anwachsen der Arbeitsnot. Auf dem Land war sie in diesem Sommer besonders groß, weil die „sozialistische“ Hitlerpartei ihre SA-Männer auf die Güter zur Erntearbeit schickte. Sie bekamen nur Essen, Unterkunft und ein paar Pfennige. Dem Landarbeiter nahmen die braunen Kämpfer auf diese Weise sein kümmerliches Brot vor der Nase weg. Aber auch in der Großstadt, in Stettin, sieht es düster aus. Da der Schiffsbau seit Jahren ganz und der Werkbetrieb fast völlig ruht, werden hier ganze Arbeiterviertel nur noch von Wohlfahrtsvereinslofen ernährt. Die Drohung der Einfuhr droht den Hafenarbeiter, der schon mehr als schwach ist, restlos lahmzulegen und die neue Betriebssteuer wird das übrige tun, um den noch verhältnismäßig rasen Heringshandel zu dezimieren. Im Zeichen des Papenprogramms geht die pommersche Wirtschaft neuen, schweren Erschütterungen entgegen.

Hart, furchtbar hart ist der Kampf, den in der Zeit innerlichen Willkürregiments die Sozialdemokratie kämpft. Doppelt hart ist er auf pommerschem Boden, im Lande der Stenplige und Knebel-Döberke, der Ramins und Bonins. Leichte Siege waren hier nie zu holen. Und dennoch darf die Eisene Front auch hier mit auter Zuversicht in den Wahlkampf gehen. Die Spaltung im Reichslager und die wachsende Nazidämmerung hat vielen die Augen geöffnet. Pommerns Sozialdemokratie braucht den 6. November nicht zu fürchten, sie kann das den Hitlerleuten überlassen, deren Gauleiter in seinen Versammlungsreden bereits schonend auf die kommende Pleite vorbereitet. Erich Dit.

Unter Harzburger Brüdern

Das Stuhlbein kracht mit Hitler-Heil,
Die Stänker-Bomben fliegen
Bei Eugenberger und Donnerkeil,
Das sich die Lische biegen —!
Der Sanitäter lüßt herbei,
So mancher Knochen wird genäst.
Die nationale Holzerei
Reigt, daß die Front geschlossen steht!

Zwei Brüder, die sich nicht verstehen,
Und die sich das Genid umdrehn —,
Und doch sind alle beide:
Gestatten gültigst — pleite!

Einst war das Rädchen so verlobt
Und schloß entflammt den Treuepakt —
Jetzt hat die Ehe sich getrübt,
Man sämät einander, daß es knadt!
Der ruft: „Du Lump!“ und jener: „Schütt!“
Sie werden sich schon kennen,
Und den der Birma eignen Duft
Beim rechten Namen nennen —!

Zwei Brüder, die sich nicht verstehen,
Und die sich das Genid umdrehn —,
Und doch sind alle beide:
Gestatten gültigst — pleite!

Kurt Kailer Blüth.



Wo man fragt, empfehlen man „Saba“

Wenn Sie die beste Cigarette haben wollen,
müssen Sie „Saba ohne“ verlangen.
Warum? Weil „Saba ohne“
von einer Qualität ist,
wie sie noch vor kurzem
für eine 3 1/3-Pfg.-Cigarette
unerreichbar schien.



Gewerkschaftliches

Ein „Nazi-Eldorado“

Die Firma S. Plattbecher, Karlsruhe, sendet uns unter Bezugnahme auf § 11 des Preßgesetzes folgende „Berichtigung“:

„1. Es besteht in dem Betrieb der Baarfabrik Plattbecher keine 10- bis 12stündige Arbeitszeit. Die Arbeitszeit richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen des Arbeitszeitgesetzes und beträgt 48 Stunden in der Woche. In gesetzlichem Rahmen zulässige Überstunden werden vergütet. Die Behauptung, daß eine ausbeuterische Arbeitszeit an der Tagesordnung ist, ist daher unwahr.“

2. Es werden auch keine „erbärmlichen“ Löhne gezahlt. Die Löhne sind tariflich unter Mitwirkung der Vertretung der Arbeiterschaft festgelegt und entsprechen dieser Vereinbarung.“

3. Es ist ferner unrichtig, daß während der Arbeitszeit ein Nazi-Rebeller für den Eintritt in die NSDAP, geworben habe. Der Firmeneinhaber hat dem Rebeller lediglich gestattet, für den Eintritt in die nationalsozialistische Gewerkschaftsbewegung zu sprechen. Weder ist ein derartiger Vorgang in nicht ohne Vorbild. Die Entziehung zum Eintritt in eine gewerkschaftliche Bewegung liegt einzig und allein in der Hand der Arbeiterschaft.“

4. Der Vorwurf, als ob der Firmeneinhaber von der NSDAP nach dafür bezahlt wird, oder der Rebeller vom Firmeneinhaber bezahlt werde und nach der Meinung des Artikels „Ein Unternehmer-Feldzug“ wäre, muß mit allem Nachdruck zurückgewiesen werden.“

Kein „Nazi-Eldorado“ also, jedoch „der Firmeneinhaber hat lediglich gestattet, für den Eintritt in die nationalsozialistische Gewerkschaftsbewegung zu sprechen“!

Verleumderische Nazis

Uns wird geschrieben:

Der von der NSD. herausgegebene „Betriebsstürmer“, Folge 5 vom 1. Oktober 1932, enthält neben den Angriffen auf den Genossen Deißler auch Schmähereien, durch die der Kollege Schmiedefeld, Betriebsratsvorsitzender beim Telegraphenbauamt Karlsruhe ebenfalls „erledigt“ werden soll. Weil Kollege Schmiedefeld es fertig brachte, 23 Kollegen, die bereits auf der Straße lauen, wieder in den Betrieb zu bringen, deshalb wird er angegriffen. Reif er jederzeit wirksam die Interessen seiner Kollegen gegenüber dem Arbeitgeber vertritt, soll er „legal gekillt“ werden. Weil er auch für sich die tariflichen und gesetzlichen Rechte in Anspruch nimmt, deshalb soll er bestraft werden.

Nur diesem ganzen Schmierblatt geht unabweislich hervor, daß alle Kollegen Betriebsräte, die nicht zur gewöhnlichen NSDAP gehören, bekämpft werden müssen und, da ihnen sonst nichts nachzuweisen ist, durch gemeine Verdächtigungen und Verleumdungen. Das Ideal der NSD. kennen wir nun: Betriebsräte, die ihre Kollegen und Mitarbeiter beim Arbeitgeber verkaufen! Betriebsratsvorsitzende, die ihren Kollegen in den Rücken fallen, die nur Verleumdung des Willens der Arbeitgeber sind! Endlich haben wir dies klar erkennen dürfen! Aber auf solche Herren verzichten wir gerne! Dafür haben wir nicht jahrelang gekämpft um nun den Ruf für den Arbeitgeber abzugeben! Wir verlangen von unseren Führern, daß sie unsere Interessen wirksam vertreten und nicht, daß sie bei Feindeshörschüssen als Eulenstängel zur Ergründung der „hohen Herrschaften“ beitragen und Kurzwahl schaffen.

Für den Inhalt des ganzen Schmierblattes genannt „Betriebsstürmer“ gibt es nur eine Antwort: **Blut Teufel!** Bei dieser Gelegenheit an das Telegraphenbauamt Karlsruhe eine höfliche, aber bestimmte Anfrage: „Woher erhält die NSDAP, das genaue Abrechnungsverzeichnis der beim Telegraphenbauamt beschäftigten Arbeiter?“ Um ausführliche Antwort wird gebeten.

Ein Arbeitnehmer beim IWA.

Aus der Stadt Durlach

Mitglieder der Eisernen Front, Parteigenossen, Arbeiterportier, Gewerkschafter! Am Samstag, 22. Oktober, abends 8 Uhr findet im „Lamm“ eine Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung steht: „Neuwahl“, außerdem, was insbesondere für die Erwerbslosen und deren Angehörige von Bedeutung ist: Bericht eines Stabrates über „Die Anträge der Erwerbslosen“. Besondere Einladungen ergehen nicht.

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach

Sterbefälle. Christian Zoller, Bahnarbeiter, Chemann, 82 Jahre alt. Elisabeth Deber geb. Ullrich, Ehefrau, Anielingen, 85 Jahre alt. Joseph Riedel, Werkmüller i. R., Witwer, 77 Jahre alt. Wilhelm Friedrich Raupp, Maschinenarbeiter, Chemann, Bergbau, 33 Jahre alt. Ella Gailer, ohne Beruf, Söllingen, 19 Jahre alt. Gustav Adolf Semmler, Architekt und Bauunternehmer, 80 Jahre alt. Rosa Katharina Deber geb. Waber, Ehefrau, 42 Jahre alt. Franziska Elisabeth Christiana Sengle geb. Freisinger, Ehefrau, 61 Jahre alt. Adolf Ludwig Wadershäuser, Weiskarber, Witwer, 62 Jahre alt. Samuel Friedolin, Steuererheber und Postagent i. R., Witwer. Heins Buchinger, Kind, 4 Monate.

Chefredakteur: Georg Schoppa. Verantwortlich: Volpert, Breitbaat Baden, Volkswirtschaft, Gewerkschaftliches, Soziales, Neuzeit, Aus aller Welt, Die Welt der Frau, Letzte Nachrichten, S. Gröndelmann, Groß-Berliner, Gemeindepolitik, Berlin, Aus Mittelhessen, Bergbauzeitung, Karlsruher Umgebung, Sozialistisches Jungvolk, Gelma und Wandern, Sport und Spiel, Auskünfte: Josef Gillet. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Sämtliche wohnhaft in Karlsruhe.

Hoover auf dem Wahlfeldzug

Ein riesiges Transparent mit Hoovers Bildnis begrüßt den Präsidenten von USA, der für die Republikaner jetzt wiederum kandidiert, bei seinem Wahlfeldzug in der Stadt Des Moines im Staate Iowa, wo ihm ein jubelnder Empfang bereitet wurde.



Aus aller Welt

Eisenbahnunfall

Balle a. d. S., 19. Okt. Am Kleinbahnübergang Passendorf der Halle-Weißfahner Eisenbahn stieß heute nachmittags ein Personenzug mit einem Kraftomnibus zusammen. Der Fahrer des Omnibuses wurde auf der Stelle getötet, ein Fahrgast tödlich verletzt. Fünf Personen erlitten sehr schwere und vier leichtere Verletzungen. Die Schranken am Bahnübergang waren außer Betrieb, da sie vom heftigen Sturm stark beschädigt worden waren.

Balle, 19. Okt. Zu dem schweren Autobusunglück bei Halle ist weiter mitzuteilen, daß sich die Zahl der Toten auf drei erhöhte. Der Lokomotivführer Partbier ist seinen schweren Verletzungen erlegen.

Zuchthaus für einen betrügerischen Bankier

Dejau, 19. Okt. Das hiesige Schöffengericht verurteilte heute den Bankier Sätze von der vor Jahresfrist zusammengebrochenen Privatbankfirma Sätze u. Christ in Zucht wegen Depotverbrechens zu 2 Jahren Zuchthaus.



Bischofskonferenz verlangt ärztliche Untersuchung von Theresie Neumann

Theresie Neumann, „das Wunder von Konnerstent“ Die bayerischen Bischöfe saßen auf ihrer diesjährigen Konferenz den Beschluß, daß sich Theresie Neumann in einer Universitätsklinik einer wissenschaftlich-medizinischen Untersuchung unterwerfen solle, um zu überprüfen, ob die Naheunachtszeit und die Wundermale auf natürliche Ursachen zurückgeführt werden können.

Schwerwiegende Beschuldigungen

Braunschweig, 19. Okt. Vom Landesstrafpolizeiamt wird mitgeteilt: Wegen dringenden Verdachts der Beteiligung an den vor einigen Jahren in und um Braunschweig verübten Anschlüssen auf den Signaleinrichtungen und Zünen der Reichsbahn, sowie wegen dringenden Verdachts von damit zusammenhängenden Amtspunterschlagungen und Urkundenfälschungen sind zwei Reichsfinanzbeamte, von denen der eine in Braunschweig, der andere früher in Magdeburg und jetzt in Berlin tätig war, dem Amtsgericht Braunschweig vorgeführt und in Untersuchungshaft genommen worden.

Neue Schlacht im Chaco-Gebiet

La Plata, 19. Okt. Im Chaco-Gebiet ist nach privaten Meldungen eine heftige Schlacht zwischen Bolivianern und Paraguauesern im Gange. Die Paraguaueser, deren Stärke 14 000 Mann beträgt, sollen zurückgeschlagen worden sein.

Bergwerkstaktropfen

Saarbrücken, 19. Okt. Auf der Grube Götteleborn im Bifschachtal wurden drei Bergleute verunglückt. Sie konnten sofort befreit werden, doch haben alle drei schwere Verletzungen erlitten.

Saarbrücken, 19. Okt. Einer der bei dem Grubenunglück auf der Schachtanlage Götteleborn schwerverletzten drei Bergleute ist gestorben. Auf der Schachtanlage Verbrand wurde ein Bergmann tödlich und ein weiterer Bergmann schwer verletzt.

Wachen, 19. Okt. Im Laufe des gestrigen Tages fand drei bei dem Unfall auf der Grube „Sophia Paroba“ in Hühelshausen schwer verletzten Bergleute gestorben. Drei weitere Opfer des Unfalls schweben noch in Lebensgefahr.

Einigung über den „Zwiesel“

Berlin, 19. Okt. Im preussischen Ministerium des Innern hat gestern eine Besprechung mit den Vertretern der Badeanstaltenindustrie und des Textilhandels stattgefunden. Die Besprechung hat zu einer Einigung aller Beteiligten über die polizeilichen Anforderungen an eine zweckmäßige und geschmackvolle Badebekleidung geführt, die dem sittlichen Empfinden der Bevölkerung entspricht.

Hierzu wird noch mitgeteilt: Es würden noch — von der Industrie — Bilder herausgegeben, aus denen man sehen könne, wie man sich die praktische Durchführung der Badebestimmungen an den maßgebenden Stellen denkt. Dabei werde sich sehr bald zeigen, daß nun durchaus nicht die Badeanzüge bis zum Hals herauf zugeknöpft sein müßten. Nur müsse der Badeanzug aus einem Stück bestehen, dürfe also nicht aus Bade und Soole zusammengesetzt sein. Im übrigen werde einem größeren Rüdenauschnitt keine Schwierigkeiten bereiten.

Marktberichte

Schweinemarkt Ellingen vom 19. Oktober. Zufuhr 90 Ferkel, 107 Läufer. Verkauft 60 bzw. 75. Preis für Ferkel 15—20 M. das Paar. Preis für Läufer 25—40 M. das Paar. — Nächster Schweinemarkt am Mittwoch, den 26. Oktober, vormittags 8 Uhr.

Schweinemarkt in Bruchsal vom 19. Oktober 1932. Angefahren wurden 150 Milchschweine, 100 Läufer. Verkauft wurden 90 bzw. 40. Nächster Preis, Paar 22 M. bzw. 50 M. Häufiger Preis, Paar 18 M. bzw. 42 M. Niedrigster Preis, Paar 16 M. bzw. 34 M. — Viehmarkt, Großvieh 90 Stück, Kleinvieh 39 Stück. Rälber 22 Stück.

HANDEL UND INDUSTRIE

Süddeutsche Zucker-Aktiengesellschaft Mannheim

liefert in anerkannt unübertroffener Güte und Reinheit aus ihren Werken: Frankenthal, Waghäusel, Stuttgart, Heilbronn, Regensburg, Offstein, Groß-Gerau

Gußwürfel, Gemahlene Raffinaden, Perlzucker, Kristallzucker



Trinkt
Sinner Bier

Rheinschiffahrt

Schleppkahn- und Eilgüterbootsverkehre über Karlsruhe bietet
Karlsruher Schiffahrts-Aktiengesellschaft
Karlsruhe

Aus dem Gerichtssaal

Wegen 50 Mark ein Jahr Zuchthaus

Ein Fehlurteil

Ein Urteil seltener Härte fällt am Dienstag die Strafkammer des Landgerichts Karlsruhe gegen den 43jährigen Kontrolleur Karl Sch. aus Heidelberg. Gegen diesen wurde Anklage erhoben, daß er in seiner Eigenschaft als Beamter beim Arbeitsamt Bruchsal den Betrag von 50 Mark unterschlagen, eine Privaturlaube gefälscht und die dazu gehörigen Akten vernichtet haben soll.

Seit dem Jahre 1923 ist der Angeklagte bei dem Arbeitsamt Bruchsal beschäftigt. 1929 wurde er erneut als Beamter verpflichtet. Er verließ den Außendienst und mußte hin und wieder vertretungsweise den Ausschlagsdienst an der Nebenstelle in Bretten übernehmen. Bei der Vertretung im September letzten Jahres wurde an den Arbeiter Leonhardt angeblich der Betrag von 50,65 Mark ausbezahlt. Leonhardt hatte einen Verlängerungsantrag für Krühenunterstützung eingebracht und als dieser nicht entschieden wurde, sprach er bei einem ebenfalls am Arbeitsamt beschäftigten Beamten vor, damit sich dieser der Sache annehme. Zunächst fanden sich die Aktenstücke für diesen Fall nicht. Auch der Zahlbogen war unauffindbar. An der Auszahlungsstelle wurde festgestellt, daß durch Sch. an den Tagen der Vertretung für den L. der Betrag von 50,65 Mark ausbezahlt wurde. Nachträglich stellte sich auch die Stempelkarte des L. auf der Nebenstelle in Bretten heraus, nach der L. aber nur noch für fünf Tage Unterstützung zu erhalten gehabt hätte. Sch. wird nun vorgeworfen, daß er den Betrag für sich abgehoben hat. Das bestritt dieser entschieden. Wohl gibt er an, daß er fähig gehandelt habe, als er den Betrag ausbezahlt und die Karte nicht genau angesehen habe. Aber im Sinne der Anklage habe er sich niemals veranlaßt.

Der Angeklagte ist ein Mann, dem von seiner vorgesetzten Behörde bisher nicht das geringste nachgesagt werden konnte. Er selbst kam in die Verhandlung ohne Verteidiger und war davon überzeugt, daß man ihn freispricht und er seinen vollen Gehalt und seine Stelle, wie er meinte, nicht notwendig, sich fünfzig Mark anzuweisen. Selbstverständlich sind die Indizien, die gegen ihn sprechen, außerordentlich belastend. Das Verschwinden der Aktenstücke und des Zahlbogens sieht sehr dahn aus, daß diese Dinge von jemandem beseitigt wurden, der ein Interesse daran hat. Er selbst kann sich die Sache nicht erklären. Wohl besteht die Möglichkeit eines politischen Racheaktes, wofür es aber vorerst auch nicht den geringsten Anhalt gibt. Seine sämtlichen Kollegen, einschließlich des Arbeitsamtsdirektors, können dem Angeklagten nichts Ratschlagendes nachsagen. Das Beweisergebnis ist so lückig und mangelhaft, daß sich der erste Staatsanwalt Hoffmann nicht dazu entschließen kann, einen Strafantrag zu stellen, vielmehr stellt er eine Verurteilung in das Ermessen des Gerichts. Der Angeklagte hat nochmals in seinem Schlusswort um die Freisprechung, da er sich seiner Schuld bewußt sei und sich nicht strafbar gemacht habe.

Wie groß war deshalb der Schrecken und das Entsetzen, als der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Wöringer, das Urteil verkündete. Das Gericht war der Auffassung, daß der Betrag von 50 Mark tatsächlich vom Angeklagten entnommen wurde, auch soll er die Aktenstücke für diesen Fall beseitigt haben, dagegen hielt das Gericht die Anklage wegen Urkundenfälschung nicht aufrecht, da es sich nicht mehr mit Bestimmtheit sagen läßt, was für eine Unterschrift der Zahlbogen trägt.

Die ungeheure Mindeststrafe von 1 Jahr Zuchthaus, die auf der Urkunde feststeht, verhängte das Gericht deshalb, weil es den Tatbestand als gegeben erachtete, trotzdem der Angeklagte immer wieder seine Unschuld beteuerte. Es handelt sich bei dem Urteil nicht so sehr darum, daß der Laie nicht versteht, daß wegen diesem Betrag eine solche Zuchthausstrafe ausgesprochen werden muß, als vielmehr darum, daß gegen dieses Urteil berechtigte Zweifel an der Richtigkeit überhaupt auftreten.

So wenig wie eine Verurteilung wegen Urkundenfälschung eintreten konnte, so zweifelhaft steht die Verurteilung in den andern Fällen da. Lediglich Indizien sind es, die den Angeklagten nun ins Zuchthaus bringen. Es soll nicht verkannt werden, daß die Indizien sehr für den Angeklagten sprechen, aber ob es es war, läßt sich nicht mehr feststellen. Das Gericht nahm das an, der Angeklagte bestritt dies. Nach eingehender Prüfung aller Tatbestandsmerkmale kann man zur Auffassung kommen, daß es sich um ein Fehlurteil handelt. Das Reichsgericht, als nächste Instanz, hat nun das Wort.

Schwindler vor dem Einzelrichter

Wunderkuren eines „homöopathischen Arztes“: Salben gegen Welschsucht, Massagen gegen Rückenmarkschwindel mit Franzbranntwein und Kräutertees.

Im. Der 60 Jahre alte, mehrfach vorbestrafte Vertreter Philipp Schmeinfurth von hier renommierter in einer Wirtschaft im „Dörfle“ mit seinen aus Wunderbare grenzenden Heilerfolgen, die er als „homöopathischer“ erzielt haben will. Der Kellner des Lokals hatte eine unheilbar leidende Frau zu Hause und Schw. erbot sich, ihr zu helfen. Er ließ sich deren Wohnung angeben und suchte sie auf. Er untersuchte sie und versprach ihr Heilung. Bei der Untersuchung gab er sich den Anschein, als sei er homöopathischer Arzt. Die Frau hoffte, daß ihr geholfen werden könnte und ließ sich bestimmen, das „Rezept“ zu unterschreiben. Das Rezept war nichts anderes als eine Bestellung auf Kräutertee, Salbe und Flüssigkeit. Die Frau leistete eine Anzahlung von 4 Mark und als die Sendung eintraf, — die Rechnung lautete auf 14 Mark — verweigerte sie die Annahme.

In einem weiteren Falle hatte Schw. eine Frau unter ähnlichen Vorwänden zur Bestellung von Kräutertees für 14 Mark veranlaßt. Schw. hatte sich nun wegen Betrugs vor dem Einzelrichter zu verantworten. Er bestritt, sich als Arzt auszugeben zu haben. Seine „Heilerfolge“ bestritt er nicht. Weibchen, die er anführte, erregten beim dankbaren Gerichtsbuschmann fürnehmliche Heiterkeit. Gegen Welschsucht empfiehlt er Salbe, Rückenmarkschwindel will er mit Massagen, Kräutertee und Franzbranntwein bekämpfen. Das Gericht kommt zu der Überzeugung, daß der Angeklagte — wie schon früher — gestunken hat, um seinen Tee, der ihm für alle Weiden gleich gut schien, loszuwerden. Es erachtete ihn des Betrugs im Rückfall für überführt und sprach eine Gefängnisstrafe von drei Monaten aus.

Ein anderer Schwindler, dessen Opfer auch in der Hauptsache frante Leute waren, hatte sich in der Person des Heilenden Karl Kalkfah aus Achern zu verantworten. Ihm werden 15 Betrugsfälle zur Last gelegt. Er hatte einer Anzahl Kranken vorgemacht, daß er ihnen helfen könne. Er versprach ihnen, sie bekämen eine Radiumlösung, wenn sie bei ihm eine Bestellung aufgaben. Auf diese Weise hat er die Betrogenen um Beträge von 20 bis 50 Mark geschädigt. Insgesamt ergatterte er auf diese Weise 375 Mark. Er ist weiterhin eines Betrugs zum Nachteil der Altbahn angeklagt, weil er mit einer nur bis Müppurr reichenden Fahrkarte bis Ettlingen fuhr, sowie eines Darlehensbetrugs, dessen Opfer eine Frau in Pfaffenroth ist, der er weismachte, er habe einen Autounfall erlitten und benötige zur Reparatur noch 3,60 Mark. Die gutherzige Frau half ihm — auf Rimmerleber-

sehen — mit diesem Betrag aus, den er nicht zur Reparatur, sondern für sein leibliches Wohl verwendete. Unter Einrechnung einer vom Amtsgericht Mandel (Wald) gegen ihn ausgesprochenen zweimonatigen Gefängnisstrafe verurteilte ihn der Einzelrichter wegen fortgesetzten Betrugs zu sechs Monaten Gefängnis.

Gefängnis für SA-Mann

W.B. Billingen, 18. Okt. Vor dem Schöffengericht Konstanz wurde heute vormittag der SA-Mann Walter Lamprecht aus Billingen, der am 9. September d. J. den Redakteur Jäger vom „Billinger Volksblatt“ in den Räumen der Schriftleitung dieses Zentrumsblattes aus politischen Motiven geprügelt hatte, zu sieben Wochen Gefängnis und zur Tragung der Kosten verurteilt. Der Oberstaatsanwalt hatte drei Monate Gefängnis beantragt. Strafaufschub auf Wohlverhalten wurde nicht gewährt.

Soziale Rundschau

„Arbeiterwohlfahrt“ Nr. 19/1932

Das neueste Heft der „Arbeiterwohlfahrt“ vom 1. Oktober 1932 bringt einleitend einen Aufsatz von Stadtdirektorin Seta Kraus, über die Auswirkungen der Arbeitslosenverordnungen unter dem Gesichtspunkt der kommunalen Wohlfahrtspflege, in dem noch einmal in großen Zügen die Mängel und Härten dieser Verordnung für die Arbeitslosen und Hilfsbedürftigen aufgeführt und die ungenügenden Anforderungen an die kommunale Wohlfahrtspflege herausgestellt werden. Ministerialrätin Hirschfeld behandelt die „Reichsfürsorgegesetz 1930/31“. Es folgen dann Ausführungen von Frau Schroeder, MdL., über den wichtigen „Erlaß über das Zusammenwirken der Gemeinden und Gemeindeverbände mit den Arbeitsämtern bei der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit“ und über die „Grundzüge für die Fällung der Wohlfahrtsverordnungen gemäß Wohlfahrtsverordnungsverordnung vom 14. Juni 1932“. Dr. Erna Wagner behandelt in ihrem Aufsatz „Die wirtschaftlichen Funktionen der Sozialversicherung“ die wirtschaftlichen Funktionen der Sozialversicherung. Es folgt unter dem Titel „Schwangerschaftsunterbrechung und Sterilisation“ ein Bericht von Dr. Keinemann über die Frankfurter Tagung der Internationalen kriminalistischen Vereinigung. Wichtig sind dann die Ausführungen von Hedwig Wachenschmies, MdL., über die „Schulungsarbeit im Winter 1932/33“, die Vorschläge zur Ausgestaltung von Lehrgängen für Helfer der Arbeiterwohlfahrt enthalten. Anschließend berichtet Bräuer, Erfurt, über die Einrichtung und Funktion der „Erwerbslosenliga in Erfurt“.



256 Genossen schon mühen für ihre Überzeugung ins Gefängnis. Hilf ihr Los erleichtern, gib einen Beitrag für die Gefangenens- und Verwundetenhilfe.

Partei-Nachrichten

Arbeitsgemeinschaft sog. Lehrer — Kreis Mittelbaden
Sams. 22. d. M., nachmittags 3 Uhr Kreiskonferenz im Volkshaus in Karlsruhe. Gen. Heubler berichtet über: Die Kampffront der sozialdemokratischen Lehrer Deutschlands.

Kleine bad. Chronik

Schwere Folgen eines Familienstreites.

* Bruchsal, 19. Okt. In Keutern geriet der verheiratete Lorenz Speicher in angerautenem Zustande mit seinem Schwager beim Reiten in Streit. Als er zum Messer griff, wollte es ihm die Frau seines Schwagers entreißen, wobei sie sich an der Hand schwere Verletzungen zuzog. Speicher legte die Streitigkeiten mit seinem Schwager fort, so daß dieser einen Scheitelfall ergreift und dem Speicher einen Schlag auf den Kopf verleiht. Speicher erlitt dabei einen schweren Schädelbruch. Er wurde ins Heidelberger Krankenhaus übergeführt, wo er in lebensgefährlichem Zustande darniederliegt.

* Wisserdingen (bei Forstheim), 19. Okt. Der Auf nach dem Osten. Heute verließen drei Familien mit etwa 20 Personen unser Dorf, um sich im deutschen Osten anzusiedeln. Das Ziel der Reise ist Kurland-Litau in Niederschlesien. Auch eine Familie aus Elmendingen und noch andere aus unseren Pflanzorchards ziehen nach Schlesien.

* Schwandeneck (Amt Stodach), 19. Okt. Autounfall. In der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch fuhr gegen Mitternacht der Bahnhofsarbeiter Hugo Dehant von hier auf der Heimfahrt von Hiesbach an der Straßenkreuzung Stöhlchen-Bozeng mit seinem Auto gegen einen Baum. Die Wucht des Anpralles war so groß, daß der Wagen den Baum direkt umfammerte. Dehant erlitt außer einer sehr schweren Kopfverletzung auch noch innere Verletzungen, so daß sein Zustand lebensgefährlich ist. Seine mitfahrende Frau trug einen Beinbruch und schwere Verletzungen am Auge davon, während zwei der mitfahrenden Kinder mehr oder weniger schwer verletzt wurden. Nach Aussage der Frau Dehant — Dehant selbst ist nicht vernehmungsfähig — soll das Unglück darauf zurückzuführen sein, daß ein entgegenkommendes Auto nicht abgeleitet habe.

Volkswirtschaftliches

Die süddeutschen Großmühlen, die bekanntlich eine Preisermäßigung für Mehl um 0,10 RM. pro Sack vorgenommen hatten, haben weiter ihre Preise um weitere 0,10 RM. herabgesetzt. Der Großmühlenspreis beträgt somit für 100 Kilo Weizenmehl Spezial Muhl 30,90 RM. und desgl. mit Auslandsweizen 31,90 RM. ab Mühlenstation.

Städtisches Konzerthaus

Zum ersten Mal: „Liebling adieu“. Musikalisches Lustspiel von Max Bertuch und Volker Sachs.

Ein Stückchen Dudenware aus dem Gebiet der Schwanenorette. Die Handlung, die zwei Akte lang fast alles Interesse und Witzes ermanget, bezieht sich in wobliverkündeten Kreisen auf das Leben der beiden Protagonisten. Im dritten Akt wird die Sache beinahe humoristisch, und die zahlreichen Tancinlagen, Lieber, Coupletts halten das Ganze über Wasser. Eigentlich ist es schade um die anpreisende Musik von Willi Koenig, daß sie an ein so kaltes Libretto gebunden ist. Wenn trotzdem ein ausgeprägter Publikumserfolg zustande kam, so darf sich der Ruhm davon neben der lauberen Regie v. d. Trends und der besten Behandlung der musikalischen Parts durch Herrn Kapellmeister Curt Stern das Schauspiel-Ensemble beimeinen, das alle Reizier der Kleinkunst soa. Klobie, der stets Liebesswürdig, Pola Ervia, die mondäne Erscheinung, Herr Brand, der erfindungs- und nancenerische Humorist und Grotteskdänzer, Willi Janz, die tolle Sourette, Hansen im Vordergrund, Herr v. d. Trend und Paul Müller ergänzen das Personal durch zwei anarke Taten. Es gab viel Beifall, namentlich bei den Tanznummern, deren zum Teil polizeimäßig lässiger Text für das Sonntagspublikum kein Grund war, seiner Applausfreude Fägel anzulegen.

Zeitschriften

Die „Sozialistischen Monatshefte“ redigiert von Dr. J. Bloch (Geschäftsstelle: Berlin W 35, Potsdamer Str. 121 d) haben jochen das 10. Heft ihres 38. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Zur Lage der deutschen Landwirtschaft, von Gerhard Glente — Die Hessein Sprengen, von Dr. Carl Wierand, M. d. R. — Bermalungsreform in Preußen, von Hermann Brandt — Irland und das britische Imperium, von Dr. Hans Hahl — Ausland als Mitarm, von Dr. Elias Hurwicz — Kulturpolitik, von Dr. Paul Hartig — Religion und Erziehung, von Elisabeth Stern — Das deutsche Wirtschaftsprogramm, von Dr. Gerhard Arndt — Der freiwillige Arbeitsdienst, von Dr. Walter Hahl, u. v. m. Der Preis des Heftes beträgt RM. 1.—, der eines Vierteljahrsabonnements RM. 3.—. Zu beziehen durch unsere Buchhandlung, in den Städten und Bahnhöfen, auf jeder Postanstalt, bei allen Buchhändlern, sowie direkt vom Verlag der Sozialistischen Monatshefte, Berlin W 35. Probehefte stehen auf Verlangen beim Verlag kostenfrei zur Verfügung.

F. F. Kronen-Kraut
naturrein der gute preiswerte Brot-aufstrich
30 Pfund auch in schönen Haushaltdosen (Zucker + Tee usw.)
2 Pfund-Dose 60 Pf.
BUCHERER in sämtlichen Filialen S. W. BADEN

Brauchst Du Farben, Geh' zum Fachmann
Farbenhaus Weststadt
KÖRNERSTR. 42 ECKE SOFIENTR.

Praktisch erwiesen ist, daß
die Zeitungs Reklame das beste Mittel zur Geschäfts-Belebung darstellt. Aber nur dann, wenn die benutzten Blätter in der Auflage, Verbreitung und Verkaufkraft des Leserkreises auf der Höhe sind. Aus diesem Gesichtspunkt ist der „Volksfreund“ besonders zu empfehlen

Winterartikel

Brikett-Träger schwarz lack. 95.7 48.7
Kohlenfüller 35 cm hoch, solide Ausführung 95.7
Kohlenschaufel schwarz lack. 30.7 24.7 17.7
Wärmeflaschen verzinnt 2.25 1.65 95.7
Wärmeflaschen rein Kupfer 3.90 3.25 2.45
Salonkasten in verschied. Decoren 2.75 1.90 95.7
Ofenvorsetzer schwarz lackiert. 1.25 95.7 48.7
Heizsonne mit Messing vern. Reflektor 6.25 6.75
Brikettzangen 45.7 30.7 20.7
Schürhaken 30.7 24.7 15.7

Verdunstrohre
roter Ton 28 cm 40 cm
30.7 50.7

Verdunstschalen roter Ton
rund 16 cm 19 cm rechteckig 21x13 25x15 30x18
75.7 1.25 85.7 95.7 1.30

HERMANN TIETZ KARLSRUHE

Das Recht der Schlüsselgewalt

Darf die Frau ohne Einwilligung des Mannes Einkäufe machen ?

Diese Streitfrage taucht weniger in bemittelten Kreisen auf, dagegen um so mehr in Familien, in denen die Einkünfte...

aber die Frau selbst, obgleich sie die Geschäfte abgeschlossen hat, weigert sich z. B. ein Mann, die Rechnungen für derartige...

in Frage. Auch eine von dem Manne getrennte lebende Frau kann innerhalb des Rahmens der Schlüsselgewalt...

Kein Wochenende ohne den Rheinexpress Reich illustrierte, 2farbige Wochenendzeitung. Bestellung: Volksfreund.

Kabliau Eingetroffen in Spezial-Fischwaren Direkt von der See im ganzen 28 im Ansehn 30 Kabliaufilet 55 Schellfisch 38 Zander gefroren 75 Heilbutt von zirka 100 Pfund 55 Pfañkuch

Tanz-Schule BRAUNAGEL Novacksanlage 13, parterre - Telef. 5569 Beginn neuer Kurse Anmeldung und Einzelunterricht jederzeit

Geh zu TIETZ dann reicht's! Dörrfleisch 98, Kasseler Rippensteak 98, Salami gute Qualität 1.28, Cervelatwurst 1.38, Vorderschinken gekocht 65, Westfäl. Kochmettwurst 90

43 Stachelbeerkuchen u. Johannisbeerbüchse bill. zu Verkauf Schillerstr. 1, III. neue Emailherde wunderbare Formen tonnenförmig bill. abzug Abnehmerstr. 14, Hof III

Allgemeine Ortstrantantenne Karlsruhe. Öffentliche Zahlungserinnerung. Die Arbeitnehmer haben satzungsgemäß die Beiträge für den abgelauenen Monat...

Der Neue Welt-Kalender 1933 ist erschienen! Preis wie in den 50 Pfg. Wir bitten unsere Mitbürger und Bürgerinnen den Bedarf umgehend bei uns anzufordern!

Butter-Eier-ff. Käse Hermann Großmann erhalten Sie stets gut u. preiswert im Spezialgeschäft

Kasteller Anzeigen Kartoffel-Ausgabe für die Erwerbstlosen, Klein-, Sozial-, Alters- und Kriegsernennerte Mitglieder...

Büchlinge in sämtlichen Finalen BUCHERER 5. Preise 2000-1933

Möbel Ratten, Mäuse tötet unfehlbar 'ACKERION' Drogerie GUGGER, Rheinstraße 57

Milchner-Butter in 100%iger Butter Hermann Bucherer

Milchner-Butter in 100%iger Butter Hermann Bucherer